

TAGUNGSBERICHTE

sche entwickeln, wo diese sich oft erst im Zuge des Umgangs mit Technologie habitualisieren?

Ein weiterer Fragenkreis drehte sich um die Mensch-Maschine-Interaktion. Wie müssen Informationen rund um Energie aufbereitet werden, damit die Verbraucher optimal informiert und sensibilisiert werden? Welche mittel- bis langfristigen Effekte können Smart Meters bewirken? Wie müssen solche Smart Meters gestaltet sein?

Im Zusammenhang mit ökonomischen Anreizen und deren gesamtwirtschaftlichen Nutzen besteht u. a. die Frage, wie elastisch reagieren Kunden auf unterschiedliche Ausprägungen ökonomischer Tarife?

Generell muss besser verstanden werden, welche Vorteile oder Potenziale Smart Homes für die einzelnen Akteure und welche sie – im Sinne „gesellschaftlicher“ Vorteile – für das Gesamtsystem bringen. Die zahlreichen technischen Optionen und Entwicklungspfade, die diskutiert und teilweise bereits erprobt werden, müssen weiter auf ihre Realisierungschancen untersucht werden. Im Hinblick auf Innovationspfade stellt sich auch die Frage nach den Akteuren: Wer sind die Treiber einer Entwicklung zum Smart Home bzw. wer sollten die Treiber sein: Energieversorgungsunternehmen, Konsumenten, dezentrale Produzenten, die Gebäudewirtschaft, Netzbetreiber oder die (FuE-)Politik?

Der Workshop hat deutlich gemacht, dass – trotz der schon teilweise erfolgten Einführung von einzelnen Smart-Home-Technologien – noch eine ganze Reihe an Fragen offen bleibt, die von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Smart-Home-Energiesysteme sind und somit einer intensiven und interdisziplinären Bearbeitung bedürfen.

Anmerkung

- 1) Die Veranstaltung fand am FZI in Karlsruhe statt. Veranstalter waren: Dr. Clemens van Dinther (FZI Karlsruhe), Prof. Dr. Armin Grunwald (ITAS im FZK), Prof. Dr. Roger Häußling (IfS, RWTH Aachen), Prof. Dr. Christof Weinhardt (IISM, Universität Karlsruhe und FZI).

« »

Expertise – Entscheidung – Öffentlichkeit

Bericht von einer Fachtagung zum Thema „Politikberatung unter dem Kommunikationsaspekt“

Düsseldorf, 12.–14. Februar 2009

von **Stephanie Opitz und Gerhard Vowe**,
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

„Man muss immer die klugen Leute um Rat fragen und das Gegenteil von dem tun, was sie raten, dann kann man es weit in der Welt bringen.“ Dieser Satz des Namenspatrons der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf prangte auf den Mappen einer Fachtagung, zu der die Fachgruppe „Kommunikation und Politik“ der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft und die Arbeitskreise „Politik und Kommunikation“ sowie „Politikberatung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft“ gemeinsam nach Düsseldorf in die Landesanstalt für Medien eingeladen hatten. An den drei Tagen sollte Politikberatung unter einem dreifachen Kommunikationsaspekt beleuchtet werden: (1) im Hinblick auf Politikberatung als einem Kommunikationsprozess zwischen Entscheidern und Experten; (2) im Hinblick auf die Beratung der Politik in Fragen der Kommunikation zwischen Entscheidern und Anspruchsgruppen; (3) im Hinblick auf Experten in der öffentlichen Kommunikation. Rund 100 Teilnehmer nahmen am Programm mit 14 Vorträgen und drei Podiumsdiskussionen teil.

1 Kommunikation zwischen Entscheidern und Experten

Werner Jann (Universität Potsdam) machte gleich zu Beginn deutlich, dass die im Tagungstitel „Entscheidung – Expertise – Öffentlichkeit. Politikberatung unter dem Kommunikationsaspekt“ genannten drei Prozesse keine Kommunikationskette bildeten, bei der erst die fachliche Expertise, dann die politische Entscheidung und dann die öffentliche Erörterung erfolgten, vielmehr bildeten sie ein Dreieck mit

jeweils zweiseitigen Kommunikationsbeziehungen. Für jede Seite dieses Dreiecks schälte sich im Laufe der Tagung eine Tendenz heraus.

Klar zu Tage trat, wie weit die Verwissenschaftlichung der Entscheidung gediehen ist. Dies ist nicht sonderlich verblüffend, aber die Breite und Tiefe dieser Tendenz überraschten sehr wohl. So zeigte Andreas Hensel (Bundesinstitut für Risikobewertung) an vielen Beispielen, wie stark etwa das Regelwerk der Lebensmittelüberwachung sich verwissenschaftlicht habe. Oder Timo S. Werner und Torsten Stollen (Universität Koblenz-Landau) machten deutlich, wie sehr auch die Veränderung der politischen Ordnung von Experten bestimmt werde (z. B. in Gestalt der Föderalismuskommission). Auch Werner Jann zeigte, wie sich über Begriffsbildungen ein wissenschaftliches Framing von Problemen in der Politik durchsetze.

Die Verwissenschaftlichung stellt eine enorme Herausforderung für die Leistungsfähigkeit der Kommunikation dar. Zwischen den beiden Bereichen mit ihrer je eigenen Logik müssen kommunikative Brücken geschlagen werden. Als erfahrene Brückenbauer erwiesen sich bei einer Podiumsdiskussion zu diesem Aspekt Martin Jänicke (ehemals Umweltsachverständigenrat und FU Berlin), Wolf R. Dombrowsky (Katastrophenforschungsstelle an der Universität Kiel) und Andreas Hensel. Die große Vielfalt von institutionalisierten Kommunikationsformen wurde deutlich: Das Spektrum reichte von den Jahresgutachten der Wirtschaftsweisen mit ihren zumeist umstrittenen Empfehlungen (Nico Koppo, Universität Bielefeld) bis zu neuen Versuchen, auch die Beratung durch Bürger-Experten zu institutionalisieren und zu evaluieren: Torsten Stollen, Mathias König und Wolfgang König (Universität Koblenz-Landau) berichteten über wissenschaftlich begleitete Feldversuche. Dazu passte auch das Plädoyer von Hans J. Kleinsteuber (Universität Hamburg) für eine stärkere Präsenz von Experten aus der Zivilgesellschaft in den Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit der Aussicht auf größere Vernunft in der Medienpolitik. Deutlich wurde, dass man genau hinschauen muss: Politikberatung differiert von Politikfeld zu Politikfeld.

2 Kommunikation zwischen Entscheidern und Anspruchsgruppen

Ging es im ersten Teil der Tagung um „Politikberatung als policy advice“, so wechselte der Fokus im zweiten Teil auf „Politikberatung als politics consulting“. Dort wurde als Tendenz eine Professionalisierung der Politikvermittlung ausgemacht. Damit ist ein Kontrollversprechen verbunden: Die Kommunikation über Themen und Kandidaten im Wahlkampf müsse gesteuert werden, wenn man gewinnen möchte, und sie könne es, so das Credo der beiden Keynote-Speaker aus der Kommunikationspraxis, Matt Carter (Penn Schoen and Berland Associates, London) und Louis Perron (Perron Campaigns, Zürich), die ihr „winning knowledge“ und entsprechende Rezepte priesen, um Wahlkämpfe zu gestalten und „proaktives“ Kommunikationsmanagement zu betreiben. Einen guten Teil zur Kontrolle trage auch hier wissenschaftliches Wissen bei. Die Kette reicht von demoskopischen Methoden (Micro Targeting) über die Evaluation von Wahlwerbung (Nicole Podschweit, Universität Mainz) bis zum technischen Support von Online-Kommunikation, über deren Verbreitung bei Landtagsabgeordneten Martin Emmer, Anja Schmolinsky und Jens Wolling (TU Ilmenau) berichteten. Dennoch wurde klar: Forschung blicke in den „Rückspiegel“ (Matt Carter), sie könne den Blick nach vorne nicht ersetzen, mit dem vor allem die politische Auseinandersetzung zu steuern sei.

Ob eine professionelle Politikvermittlung überhaupt erforderlich ist, darüber gingen die Meinungen aber im Streitgespräch zwischen Nils Bandelow (TU Braunschweig) und Tobias Korenke (Deekeling Arndt Advisors) unter der Leitung von Ulrich Sarcinelli (Universität Koblenz-Landau) weit auseinander: Der Wissenschaftler meinte, man brauche sie nicht nur nicht, sie schade sogar, und zwar im Hinblick auf Entscheidungsfindung im Sinne des Gemeinwohls. Der Berater meinte, es bedürfe gerade mit Blick auf das Gemeinwohl einer Vermittlung zwischen Politikern und Interessengruppen, und die bedürfe der professionellen Übersetzer, denn die eine Seite spreche nicht die Sprache der anderen.

3 Kommunikation zwischen Experten und Öffentlichkeit

Im dritten Teil der Tagung ging es um die Frage, ob von einer Instrumentalisierung der öffentlichen Expertise durch die Medien, durch politische Akteure und durch die Wissenschaftler selbst die Rede sein könne. In der Podiumsdiskussion zwischen Jürgen W. Falter (Universität Mainz), Thomas Leif (SWR) und Hans Peter Peters (Forschungszentrum Jülich) unter der Leitung von Karl-Rudolf Korte (Universität Duisburg-Essen) wurde deutlich, welchen Nutzen Wissenschaftler selbst aus einer starken medialen Präsenz ziehen können, aber auch, welche Risiken sie damit eingehen: Kollegenneid, Reputationsverlust, Instrumentalisierung. Dieses – im „Bologna-Sprech“ – „Praxismodul der Tagung“ (Korte) lieferte farbige Typologien von medialen Experten, darunter der „Hausmeister“ (der Experte, der von „seinem“ Sender immer herangezogen wird, wenn es etwas zu kommentieren gilt), der „Partygast“ (der alle Probleme auf Small-Talk-Niveau abhandeln kann) und der „DvD“, der „Dissident vom Dienst“ (der Experte, der gegen die Mehrheit der wissenschaftlichen Gemeinschaft zu Felde zieht) – so Thomas Leif. Das Podium lieferte Regeln für den Umgang mit Medien, wie z. B. den mit Nachdruck vorgebrachten Rat von Jürgen W. Falter, dass sich öffentliche Expertise nur auf eigene langjährige Forschung gründen solle. Substanz entscheide: Man solle sich nur zu den Problemen äußern, von denen man mehr wisse als 99,9 % der Bevölkerung. Auch das eine Spielart der „goldenen Regel“ für Experten: „Schuster bleib bei deinen Leisten!“ (Hensel).

In den Vorträgen zu diesem Tagungsteil wurden andere Akzente gesetzt. Helmut Scherer (HfMT Hannover), Benjamin Krämer (Universität München) und Thorsten Schroll (Universität Mainz) setzten sich mit der Funktion von Beratern in der Medienberichterstattung auseinander: Sie seien eher neutrale Sachverständige als politische Symbole. Mirella Schütz-Ierace (Universität Zürich) machte deutlich, dass wissenschaftliche Expertise in der Medienberichterstattung insbesondere im Kontext der Stärkung oder Schwächung politischer Positionen verwendet werde (und dies wurde vom Publikum als bester Vortrag ausgezeichnet).

4 Fazit

Alle drei Tendenzen durchdringen und beeinflussen sich, und auch dadurch verlaufen sie keineswegs linear und einheitlich, sondern widersprüchlich und gebrochen. So zeigten Kathleen Arendt und Patrick Rössler (Universität Erfurt), dass die wissenschaftliche Evaluation einer Gesundheitskampagne keine Änderungen bei der Fortführung der Kampagne zur Folge hatte, von Verwissenschaftlichung und Professionalisierung in diesem Fall also nicht die Rede sein könne. Oder Jens Adam, Regina Bossert und Barbara Pfetsch (FU Berlin) zeigten am Beispiel Polens, wie starke Relikte aus der sozialistischen Ära eine Professionalisierung der politischen Public-Relations-Arbeit nach westlichem Muster konterkarierten. Es gab auch immer wieder Beispiele dafür, wie Wissenschaftler etwa in der Klimadebatte „über Bande spielen“, also z. B. die öffentliche Präsenz nutzen, um ihre Position gegenüber der Politik zur Geltung zu bringen. Alles das mache die Entwicklung unübersichtlich und erschwere leichtgängige Urteile.

Um die Komplexität und Verknüpfung der Prozesse angemessen untersuchen zu können, sind leistungsfähige Methoden erforderlich. Die Tagung wies ein breites Spektrum an Methoden auf – von Untersuchungen, bei denen Diskutanten nach eigenem Bekunden keine Anzeichen für Methode entdecken konnten, bis zu Untersuchungen, die mit multivariater Datenanalyse arbeiteten. Längsschnittdesigns machten sich rar: Eines der wenigen Beispiele referierten Peter Maurer und Eva Mayerhöffer (FU Berlin), die eine Befragung von Regierungssprechern und Politikberatern in Deutschland vor zehn Jahren replizierten. Ebenso selten sind internationale Vergleiche. In methodischer Hinsicht ist eindeutig Handlungsbedarf gegeben: Denn die übliche Form der Datengewinnung sind Interviews mit mehr oder weniger systematisch rekrutierten Experten, die dann zusammengefasst und interpretiert werden. Es ist aber sehr fraglich, ob dies geeignet ist, um den Prozessen auf die Spur zu kommen, die sich zu einem großen Teil hinter dem Rücken der Akteure vollziehen – wie z. B. die Verwissenschaftlichung der Politik durch ein entsprechendes Framing.

Als hilfreich für die Lernprozesse in der Tagung erwiesen sich einige Irritationen. So

plädierte Hagen Schölzel (Universität Leipzig) mit einem Vortrag zur „Guerillakommunikation“ für eine Politikberatung, die mehr verwirre als kläre und die öffentlich mehr verunsichere als beruhige. Und Jürgen Schulz (UdK Berlin) und Natascha Zowislo-Grünwald (International University Bruchsal) gaben nicht unwidersprochen zu bedenken, dass (pseudo-)wissenschaftliche Politikberatung nur wenig an den kognitiven Mustern verändern könne und dies allenfalls zur nachträglichen Legitimierung von Entscheidungen genutzt werde.

Alles in allem hat sich der Kommunikationsaspekt in allen drei Varianten als fruchtbar erwiesen – man hat dadurch ein dichteres und plastischeres Bild von Politikberatung gewonnen.

« »

Geo-Engineering Bericht von einem Rundgespräch der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Kiel, 4. Juni 2009

von Armin Grunwald, ITAS

Die Menschheit greift seit geraumer Zeit und in zunehmendem Ausmaß in den globalen Naturhaushalt ein. Diese menschlichen Beeinflussungen der natürlichen Umwelt auf globaler Ebene sind *nicht-intendierte* Folgen von Techniknutzung, Lebensstilen, Konsum- und Produktionsmustern, Landnutzung und vielem mehr. Der Klimawandel in der Folge der Treibhausgasemissionen ist ein Beispiel. Eine relativ neue Debatte befasst sich mit der Frage, ob es *intendierte* großflächige, technisch gestützte Maßnahmen gibt, mit denen man die genannten nicht-intendierten Folgen besser in den Griff bekommen könnte. Am Beispiel des Klimas: Könnte es nicht gelingen, mit großflächig eingesetzten Techniken die Atmosphäre künstlich zu „kühlen“, um der Erderwärmung *technisch* entgegen zu wirken? Überlegungen dieser Art laufen unter dem Stichwort „Geo-Engineering“.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hatte für den 4. Juni auf Anregung des Nationalen Komitees für Global-Change-Forschung zu einem sog. „DFG-Rundgespräch“ geladen. Dieses Format dient dazu, mit einer relativ kleinen Gruppe von Wissenschaftlern zu eruieren, ob es zu neu aufkommenden Themen Forschungsbedarf gibt und was die DFG ggf. tun könnte. In diesem Fall ging es darum, dem „Geo-Engineering“ im Sinne eines „Climate Engineering“ nachzuspüren: Was kann eventuell zusätzlich zu den bekannten Vermeidungs- und Anpassungsstrategien getan werden, um den Klimawandel auf ein verträgliches Maß zu begrenzen? Gibt es Möglichkeiten, das Klima „als Ganzes“ mit technischen Verfahren gezielt zu beeinflussen? Um diesen Fragen nachzugehen, waren etwa 25 WissenschaftlerInnen aus den unterschiedlichsten Disziplinen in das Institut für Weltwirtschaft in Kiel eingeladen. Das Spektrum ihrer Disziplinen reichte von der Atmosphären- und Klimaforschung über die Ethik und Ökonomie sowie die Rechts- und Politikwissenschaften bis zur Technikfolgenabschätzung.

Die Diskussion erstreckte sich hauptsächlich auf zwei Ansätze. Zum einen könnte das Verhältnis zwischen reflektierter und einfallender Sonnenstrahlung (Albedo) der Erdoberfläche durch gezielte Einbringung von Aerosolen gesteigert werden, so dass von der eingestrahnten Sonnenergie ein höherer Teil in den Weltraum reflektiert würde und somit nur ein kleinerer Teil von der Atmosphäre absorbiert würde, was einen Kühlungseffekt zur Folge hätte. Zum anderen könnte man versuchen, der Atmosphäre in großem Umfang Kohlendioxid zu entziehen und z. B. in den Ozeanen zu lagern. Das Eisendüngungsexperiment des Forschungsschiffes „Polarstern“ vor einigen Monaten, das eine größere Aufmerksamkeit geweckt hatte, stand in diesem Zusammenhang, brachte jedoch eher ernüchternde Ergebnisse. Im Rahmen dieses Experimentes hatten Wissenschaftler des Alfred-Wegener-Instituts im Seegebiet zwischen Argentinien und der Antarktis sechs Tonnen gelöstes Eisen ausgebracht. Zwar setzte zunächst ein kräftiges Algenwachstum unter Aufnahme des im Wasser gelösten CO₂ ein, Ruderfußkrebse verhinderten dann aber ein weiteres Wachstum, indem sie die Kleinalgen fraßen. Dadurch gelangte letztendlich weniger CO₂ aus der Atmo-